

3. IV. 1918

86

Die Lage der Staatsangestellten.

Von Univ.-Prof. Dr. R. Woltan.

Seit langer Zeit schon war die gesamte Staatsangestelltenchaft infolge der sprunghaft steigenden Preise aller Lebensbedürfnisse in eine begreifliche Erregung geraten, weil es ihr nicht mehr möglich war, zu den bestehenden Preisen sich das zum Leben Nötige zu beschaffen und sie entweder neugierigen war, zu hungern oder sich in Schulden zu stützen; denn die geringen Ersparnisse, die der eine oder der andere in Friedenszeiten gemacht hatte oder die Bußgäste, die ihm ein eventuelles Vermögen der Frau gestattete, hatten die vorangegangenen harten Kriegsjahre bereits vollkommen aufgezehrt. Um so größer war die Enttäuschung der Staatsangestellten, als ihnen die eben abgelaufene Tagung des Abgeordnetenhauses auch nicht einmal den vierten Teil dessen zugilligte, was sie in ihren Forderungen als Mindestmaß bezeichnet hatten, und dem die Vertreter der Provinzorganisationen nur deshalb ausstimmen zu können erklärten, weil sie die endlich erreichte Einigkeit unter den Staatsangestellten nicht gleich im Anfang stören wollten; sie erklärten sich aber ausdrücklich nur unter der Bedingung bereit, mit den Wiener Vertretern für das Mindestmaß ihrer Forderungen zu stimmen, wenn sie zugleich von der Regierung die Sicherung erhielten, daß diese bereit sei, die Angestellten mit Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen zu versorgen.

Den abschließenden Standpunkt der Regierung in bezug auf die Erhöhung der Leuerungszulagen kann man in gewisser Hinsicht begreifen; der Lebensführungs-Beamt ist durch die Leuerungszulagen nicht aufzuhalten, weil mit jeder Erhöhung der Zulagen fast automatisch die Preise in die Höhe gingen; der Vergleich mit einer Schraube ohne Ende ist nicht schlecht. Aber man darf dabei doch nicht vergessen, daß auch die Regierung selbst die Preise herabzudrücken nicht beabsichtigte, und die neuerliche ganz ungeheure Steigerung der Mehl-, beziehungsweise der Brotpreise ist eingetreten und von der Regierung bewilligt worden, noch bevor eine neuerliche Leuerungszulage der Angestellten des Staates in Aussicht stand; abgesehen davon, daß die Staatsangestellten unter der Gesamtbewohlung des Reiches doch nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil bilden und die neue Erhöhung wiederum nur die Armutsten aufs schärfste trifft.

Die Regierung hat selbst die Ausfieberung gegeben, statt einer weitergehenden Leuerungszulage den Angestellten Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände in natura zu beschaffen. So ungewöhnlich diese Aussicht auch wäre, so ist es doch sehr fraglich, ob die Regierung beim besten Willen imstande sein wird, diesen Plan auch zu verwirklichen. Sie wäre dazu wohl nur imstande, wenn sie die Ernte in viel umfassenderer Weise, als es ihr bisher möglich war, mit Beischlag belegen und zugleich die Heeresverwaltung, die allein heute noch über größere Mengen von Stoffen und Leder verfügt, bestimmten könnte, einen Teil ihrer Vorräte der Staatsverwaltung für ihre Angestellten zur Verfügung zu stellen. Die Schwierigkeiten, die sich beiden Unternehmungen entgegenstellen, sind aber so ungeheure, daß die Hoffnung der Staatsbeamten und Dienstwohl auf ein Mindestmaß sich beschränken muß.

Dazu kommt, daß die Möglichkeit laufenden von Staatsangestellten und Familien Kleider und Schuhe zu beschaffen, sehr geraume Zeit zu ihrer Vermöglichkeit voraussetzt und die Angestellten nur darin eine Besserung ihrer Lage erblicken könnten, wenn die ihnen versprochene Hilfe sofort zur Tat würde. Daran aber ist mögl., da eine Reihe von Centralen in diesen Fragen ihre Wohlmeinung abzugeben haben, nicht leicht zu denken.

Man vergesse aber nicht, daß ein jeder Tag, der verstreut wird, die Lage der Staatsangestellten unholzbar macht und sie immer unaufhaltssamer dem vollständigen Niedergang entgegentreibt. Denn ohne Lebensmittel, ohne Kleider und ohne Kappe einem neuen Kriegswinter entgegenzugehen und nicht die Möglichkeit zu haben, sich das zum Leben Notwendigste auf dem Wege des Großhandels zu beschaffen, weil dazu die Brüder des Staatsangestellten froh über Zulagen nicht auslangen, heißt eine Zukunft heraubeschwören, vor der ein jeder Freund des Staates mit banger Sorge zurückschrekt.